

IMI-Standpunkt 2005/070

"Enduring Freedom" ablehnen und die Truppen zurückholen!

Die Kriegspolitik beenden!

Von Tobias Pflüger

Internet: <http://www.imi-online.de/2005.php3?id=1248>

Hechingerstr. 203
72072 Tübingen
Tel 07071/49154
Fax 07071/49159
imi@imi-online.de
www.imi-online.de
8.11.2005

Anlässlich der Abstimmung im Deutschen Bundestag über die Bundeswehreinsätze im Rahmen von "Enduring Freedom" fordert Tobias Pflüger (IMI/MdEP) die Ablehnung der Verlängerung an der Operation "Enduring Freedom" und den Rückzug der Truppen.

Dieser Bundestagsbeschluss zu "Enduring Freedom" wäre fortgesetzter Völkerrechtsbruch und hält die Bundesrepublik Deutschland in einen permanenten Kriegszustand.

Die Bundeswehr soll sich mit dem Bundestagsbeschluss nicht nur an "Enduring Freedom" in Afghanistan beteiligen, sondern auch mit der Marine am Horn von Afrika. Aufträge des deutschen Einsatzverbandes sollen die Seeraumüberwachung und der Schutz der Seeverbindungslinien sein.

Es handelt sich um einen Vorratsbeschluss: Zukünftig sind 2.800 Einsatzkräfte vorgesehenen, derzeit sind im Rahmen von Enduring Freedom nach Bundeswehrangaben 260 (!) Soldaten eingesetzt. Eine enorme Diskrepanz. Bewusst verschwiegen wird dabei, dass seit November 2001 immer wieder auch eine nicht genau zu beziffernde Anzahl von KSK -Verbänden in Afghanistan an der Seite der US-Truppen im Kriegseinsatz sind. Bei einem solchen Vorratsbeschluss von Parlamentsarmee zu sprechen, ist reiner Hohn!

Weder der Einsatz der Elitekampftruppe KSK

noch die Marinepräsenz am Horn von Afrika haben bisher auch nur einen einzigen Fall vorweisen können, wo mutmaßliche Terroristen inhaftiert und einem ordnungsgemäßen Gerichtsverfahren zugeführt worden wären.

Die Öffentlichkeit wird weder informiert, was die deutschen Soldaten dort tun, noch wie viele Gefangene sie gemacht und evtl. den US-Truppen überstellt haben, noch wie viele Menschen durch ihre Aktionen schon umgekommen sind und auch ob es Todesopfer unter den Bundeswehrsoldaten gegeben hat. Unter Hinweis auf das Selbstverteidigungsrecht, Artikel 51 der UN-Charta, wird seit 4 Jahren in Afghanistan Krieg geführt.

"Enduring Freedom" ist völkerrechtswidrig. Damit wird neben dem völkerrechtswidrigen NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien mit deutscher Beteiligung und im Irak unter deutscher Beihilfe, Krieg erneut zum Mittel deutscher Politik. Das Völkerecht wird mit Füßen getreten.

Der nun erneut anstehende Bundestagsbeschluss "Enduring Freedom" wurde 2001 - beim ersten Mal - brutal mit der Vertrauensfrage von Gerhard Schröder durchgesetzt. Der designierte Vizekanzler Franz Müntefering zeichnete sich damals aus durch grundgesetzwidriges Ausüben von Druck auf Abgeordnete, wie der Fall der damaligen baden-württembergischen SPD-Abgeordneten Christa Lörcher deutlich macht.

Diesmal muss parlamentarisch getrickst werden:
Am 15.11. läuft das Mandat von "Enduring Freedom" aus, das ist der Grund, warum nun alles so schnell gehen muss. Die Ausschüsse des Bundestags haben sich noch nicht konstituiert, deshalb konnte ein ordentliches Beschlussverfahren nicht durchgeführt werden.

Auch die EU hält weiterhin an ihrer finanziellen Unterstützung für den Aufbau afghanischer Polizei- und Militärstrukturen fest, die oft nichts als fortgesetzte Warlord-Strukturen sind und unterstützt den Enduring Freedom-Einsatz mit "zivilen Mitteln".

Die Abgeordneten des deutschen Bundestages sind nun aufgefordert, sich bei der Abstimmung gegen eine weitere Militarisierung der deutschen Außenpolitik zu entscheiden und die Verlängerung des Kriegseinsatzes "Enduring Freedom" abzulehnen. Stattdessen muss das Zurückholen der Soldaten auf die Tagesordnung. Die für den Einsatz geplanten "Zusatzausgaben" von 107 Millionen Euro können sehr gut für soziale Zwecke verwendet werden. Dieser Bundeswehreinsatz ist Kriegspolitik, diese Kriegspolitik muss endlich beendet werden!

IMI braucht Förderer, IMI braucht Mitglieder

Die Informationsstelle Militarisierung arbeitet völlig unabhängig von staatlichen Geldern. Trotzdem bemühen wir uns darum alle Publikationen gratis im Internet zur Verfügung zu stellen. Damit wir hierzu weiterhin in der Lage sind, möchten wir Dich/Sie um Mithilfe bitten, das Bestehen von IMI zu sichern. Dies kann entweder durch eine Spende oder über eine Mitgliedschaft bei IMI geschehen (Ein Formular gibt es unter <http://www.imi-online.de/download/mitglied.pdf>). Beides ist steuerlich absetzbar.

Spenden Sie an die Informationsstelle Militarisierung e.V., auf das Konto 166 28 32 bei der Kreissparkasse Tübingen, BLZ 641 500 20.